

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 125. Ratssitzung vom 23. Mai 2012

2699. 2012/196

Postulat der Grüne-Fraktion vom 09.05.2012:

Verwendung des Restkredits aus dem Rahmenkredit «Aktive städtische Wohnbaupolitik, Verbilligung der Mietzinse durch Abschreibungsbeiträge» zur Gewährung von Abschreibungsbeiträgen beim Kauf von Wohnliegenschaften durch die Stadt

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Liebi (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

***Kathy Steiner (Grüne)** begründet namens der Grüne-Fraktion das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 2664/2012): 1990 wurde ein Rahmenkredit für die städtische Wohnbaupolitik bewilligt, um Personen mit einem niedrigen Einkommen das Wohnen in der Stadt zu ermöglichen. Seitdem beanspruchte die Liegenschaftenverwaltung den Kredit zweimal. Heute ist die Lage wieder genauso prekär wie in den neunziger Jahren und die Stadt hat die Pflicht, alle möglichen Massnahmen zu ergreifen, um die Situation zu entspannen. Die Aktivierung des Kredits würde dem gemeinnützigen Wohnungsbau nochmals einen Schub geben. Wenn jedes Jahr im Budget fünf Millionen Franken für Abschreibungsbeiträge reserviert sind, kann die Liegenschaftenverwaltung bei guten Angeboten schneller handeln. Die fünf Millionen Franken werden nur dann verwendet, wenn die Stadt tatsächlich ein entsprechendes Kaufobjekt findet.*

***Roger Liebi (SVP)** begründet namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag: Es werden Abschreibungsbeiträge verlangt für etwas, das explizit für Abschreibungsbeiträge eingestellt wird. Dies soll zusätzlich noch budgetiert werden. Wenn der Stadtrat das Bedürfnis hat, etwas aus dem Topf für wohnbaupolitische Zwecke einzusetzen, kann er dies tun. Wenn man jedes Jahr die fünf Millionen Franken ins Budget stellt und man kein passendes Projekt findet, passiert auch nichts. Eigentlich könnte man alles laufen lassen, weil es den Betrag schon gibt. Deshalb sind wir dagegen.*

Weitere Wortmeldungen:

***Matthias Wiesmann (GLP):** Wir würden gerne eine Textänderung beantragen und den letzten Satz streichen. Man soll erst einmal schauen, was man mit den 70 Millionen Franken macht. Es wäre durchaus sinnvoll, dass der Stadtrat uns nochmals aufzeigt, ob er mit dem Geld arbeiten oder es schlummern lassen will. Es gibt sicher sinnvolle Projekte, die man damit unterstützen kann und diese würden dann entsprechend budgetiert. Falls die Textänderung nicht angenommen wird, müssen wir das Postulat ablehnen.*

2 / 2

Cäcilia Hänni-Etter (FDP): Die FDP lehnt das Postulat ab, weil sie sich gegen Automatismen wehrt. Die Finanzkommission sollte jeweils im Rahmen einer Weisung über den Restbetrag bestimmen, ob die Abschreibungsbeiträge wirklich gewährt werden sollen.

Jean-Claude Virchaux (CVP): Präventiv jedes Jahr fünf Millionen Franken ins Budget zu stellen, ist unsinnig. Mit der Textänderung der GLP könnten wir jedoch leben und das Postulat auch unterstützen.

Niklaus Scherr (AL): Wenn man das Geld jährlich ins Budget stellt, kommt das einer extremen Finanzbeschaffungsmaschinerie des Immobilienmarkts gleich. Ich finde den Vorschlag der GLP sinnvoll.

Dr. Martin Mächler (EVP): Wir unterstützen ebenso den Textänderungsvorschlag der GLP.

Angenommene Textänderung:

Für einen Schritt hin zum Ziel des wohnpolitischen Grundsatzartikels wird der Stadtrat gebeten zu prüfen, wie der Restkredit von CHF 70.685 Mio. (Stand Ende 2010) aus dem Rahmenkredit „Aktive städtische Wohnbaupolitik, Verbilligung der Mietzinse durch Abschreibungsbeiträge“ sinnvoll verwendet werden kann. ~~Damit beim Kauf von Wohnliegenschaften durch die Stadt Abschreibungsbeiträge gewährt werden können, sind dafür bis zur Ausschöpfung des Restkredits jedes Jahr mindestens CHF 5 Mio. zweckgebunden ins Budget zu schreiben.~~

Das geänderte Postulat wird mit 78 gegen 40 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat